

Welt in Bewegung

Der Sozialismus ist international



Eine **VORWÄRTS** Broschüre

Der Sozialismus ist international

Das ist der Anfang einer Serie von Broschüren, die sich mit der internationalen Arbeiterbewegung beschäftigt.

Gerade wir Marxisten sind uns der Tatsache bewußt, daß sich eine sozialistische Gesellschaft nur international entwickeln und durchsetzen kann. Deswegen ist es notwendig, sich mit Klassenkämpfen und Massenbewegungen in anderen Ländern zu beschäftigen.

Es soll deutlich gemacht werden, daß die "soziale Marktwirtschaft" und der viel gerühmte "soziale Frieden" nichts als Utopien sind, von denen in anderen Ländern gar keine Rede sein kann.

Österreich ist keine "Insel der Seligen", sondern in die kapitalistische Weltwirtschaft eingebunden. Unser relativer Wohlstand ist auf die Ausbeutung und Unterdrückung von Millionen Menschen auf anderen Kontinenten aufgebaut.

Mit den ab jetzt erscheinenden *VORWÄRTS*-Broschüren wollen wir die soziale Frage, die Ziele und den Kampf der weltweit Unterdrückten erläutern und der österreichischen Arbeiterbewegung näherbringen.

Denn der Sozialismus ist international, oder gar nicht!

Schweden:

Einige Zahlen und Daten

Staatsform: parlamentarisch-demokratische Monarchie

Größe: 449.964 km²

Bevölkerung: ca. 8,4 Millionen

Industrie: Papier, Maschinen, Stahl, hoher Anteil Verstaatlichter Industrie

Arbeitslosigkeit: 1980-84: 2,4%

1986-91: 1,9%

1993: ca. 10%

Wirtschaftswachstum: in den 60er Jahren: durchschnittlich + 4,7% pro Jahr

1970-85: durchschnittlich + 1,8% pro Jahr

1986-91: durchschnittlich + 1,4% pro Jahr

1992: -1,9%

Parteien/Organisationen:

Moderata Partiet: Konservative Partei, mit 20-22% Größte Regierungspartei

Folkpartiet: Liberale Partei, hat derzeit 7-10% und ist ebenfalls in der Regierung

Center Partiet: frühere Bauernpartei, hat auch heute noch hauptsächlich ländliche Basis, hat derzeit 7-10% und ist ebenfalls in der Regierung

Kristdemokratisko Arbetarpartiet: Kamen 1991 erstmals ins Parlament und sind mit 4-6% auch in der Regierung

Socialdemokraterna: Trotz der großen Wahlniederlage 1991 hat sie heute in Meinungsumfragen etwa 50%, war von 1932-1976 und von 1982-91 an der Regierung und baute den bekannten „Wohlfahrtsstaat“ auf.

Vänsterpartiet: Ehemalige Kommunistische Partei, derzeit im Parlament, wird aber wahrscheinlich bei der nächsten Wahl die 4%-Hürde nicht schaffen.

Ny Demokrati: Rechtspopulistische Partei mit rassistischer Propaganda, 1991 gegründet und im Parlament, derzeit 4-6%

Miljöpartiet - De Gröna: Grüne, 88-91 im Parlament, jetzt nur mehr 2-3%

LO: Gewerkschaftsdachverband

Das Ende eines Modells

*Von Arne Müller **

Die Gewerkschaftsführung in der nordschwedischen Provinz Norrbotten fragte in einem Rundschreiben an die lokalen Gewerkschaftsabteilungen: „Seit ihr bereit, einen Generalstreik oder andere ‘unkonventionelle’ Massenaktionen durchzuführen? Mehr als 90% der Gewerkschaften beantworteten diese Frage mit einem Ja.

Dieses ist nur ein Beispiel, das zeigt, wie sich das politische Klima in Schweden in den letzten zwei Jahren seit dem die Rechtsregierung an die Macht gekommen ist geändert hat.

Das „Schwedische Modell“ wurde in den letzten Jahrzehnten zu einem Begriff. Niedrige Arbeitslosigkeit, ein verhältnismässig weit ausgebauter Öffentlicher Dienst und sozialer Frieden waren die Kennzeichen dieses „Modells“. Jetzt existiert das „Schwedische Modell“ nicht mehr. Eine neue Periode in der Entwicklung in Schweden hat begonnen.

Der schwedische Kapitalismus ist in der tiefsten Krise seit den 30er Jahren. Drei Jahre hintereinander (1991 - 1993) ist das Bruttosozialprodukt gefallen. Die Industrieproduktion und die Arbeitsplätze in der Industrie sind um 20% geringer als 1989. Die Kreditverluste der Banken steigen in die Höhe und man rechnet damit, daß die Verluste für den Staat, der einspringen muß, bis auf 200 Milliarden Kronen ansteigen könnten. Das ist das Resultat einer beispiellosen Spekulationswelle in der 80er Jahren; z.B. stieg der Wert der Aktien auf der Stockholmer Börse um 1200% in den letzten 10 Jahren. Vor 3 Jahren lag die Arbeitslosigkeit noch unter 2% - jetzt liegt sie über 8%. Mehr als 800.000 Menschen sind arbeitslos oder in öffentlichen Ausbildungs- und Arbeitsbeschaffungsprogrammen beschäftigt. In der Bauindustrie rechnet man mit ungefähr 40% Arbeitslosigkeit.

So gut wie alle sozialen Reformen die in den letzten 30 Jahren aufgebaut worden sind werden jetzt angegriffen. In der Krankenversicherung hat die Regierung jetzt beschlossen den ersten Tag des Krankenstandes nicht zu bezahlen. Das Kranken- und das Arbeitslosengeld ist gekürzt worden. Jetzt will die Regierung eine neue

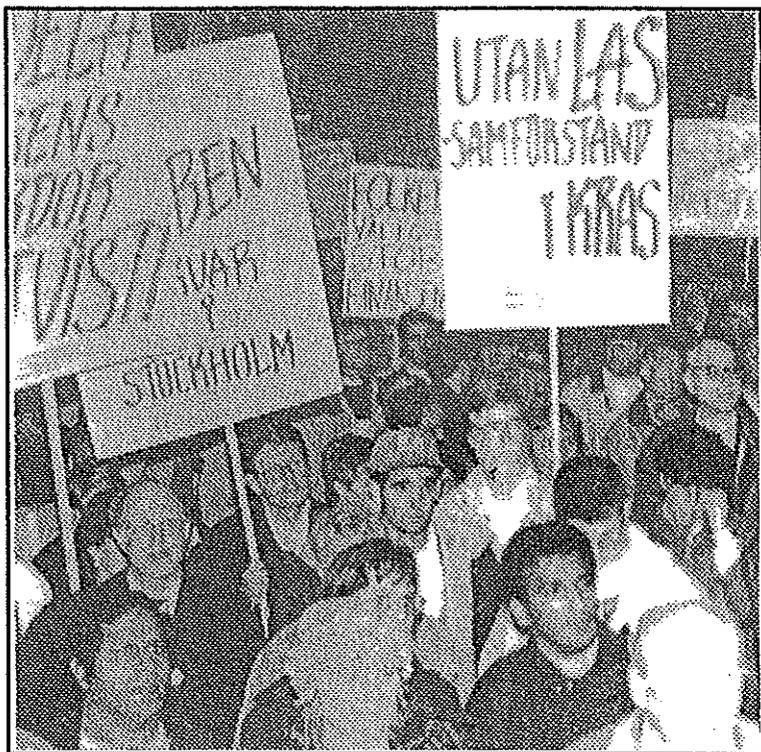
Arbeitslosenversicherung einführen, die 300 bis 400 Kronen mehr Abgaben pro Monat bedeuten würde, was in etwa den monatlichen Ausgaben für den öffentlichen Verkehr entspricht. Gleichzeitig ist die staatliche Unterstützung an die Gemeinden drastisch reduziert worden.

Das bedeutet, daß Kindergärten geschlossen werden und die Abgaben steigen. Die Schulklassen werden größer und in einigen Gemeinden ist das Mittagessen in den Schulen nicht mehr kostenlos. Die Landtage wollen 15 Krankenhäuser schließen.

Diese Kürzungen tragen dazu

bei, daß die Arbeitslosigkeit wächst. Nur in der Gemeinde Stockholm haben in den letzten zwei Jahren 8.000 Gemeindebedienstete, das entspricht 15% der Beschäftigten, ihren Arbeitsplatz verloren.

Diese Politik hat dazu geführt, daß die Rechtsregierung und besonders der Regierungschef Carl Bildt von den meisten Arbeitern gehaßt werden. Die Rechtsregierung kam nach der Wahl 1991 an die Macht. Der Wahlsieg war ein direktes Resultat der tiefen Enttäuschung über die sozialdemokratische Regierungspolitik. Durch eine sogenannte Steuerreform hatte die sozialdemokratische Regierung die Steuern für die Reichen gesenkt und das unter anderem mit starken Mieterhöhungen finanziert. Die Regierung versuchte sogar, ein Gesetz gegen Lohnerhö-





hungen und Streiks einzuführen. Das aber wurde durch eine Welle von spontanen Protesten von der Gewerkschaft verhindert.

Diese Politik führte dazu, daß die Sozialdemokraten Stimmen und Mitglieder verloren. Das Wahlergebnis (37,6%) war das schlechteste seit 1928. Aber die Passivität und Desillusionierung, die sich in der Vorwahlzeit deutlich zeigten verschwanden schnell. Schon innerhalb weniger Monate begannen die Proteste gegen die Regierungspolitik. Gemeindebedienstete, Bergarbeiter und Bauarbeiter waren unter den ersten, die große Demonstrationen durchführten. Viele aktive Gewerkschaftsmitglieder sahen auch die Notwendigkeit, die Proteste im ganzen Land durch einen Protesttag oder einen politischen Generalstreik zu vereinigen. Die Führung der LO (Zentralorganisation der Gewerkschaften) war 100%ig dagegen, „Politische Streiks sind nur in Diktaturstaaten berechtigt“ und „wir müssen bis zu der nächsten Wahl warten“, waren die Hauptargumente.

Mitglieder von Arbetarförbundet Offensiv starteten eine Kampagne, um Druck auf die Gewerkschaftsführung auszuüben. Innerhalb von einigen Monaten unterstützten Gewerkschaften mit mehr als 200.000 Mitgliedern die Forderung für einen Protesttag oder einen politischen Generalstreik. Dieser Druck von den Mitgliedern veranlasste den LO-Vorstand, doch einen Protesttag gegen die Regierung durchzuführen. Mehr als 200.000 Menschen nahmen an den Demonstration am 6. Oktober 1992 teil. Ganz bestimmt wäre diese Demonstration noch größer geworden, wenn nicht die sozialdemokratische Regierung nur wenige Wochen vor dem

Protesttag eine Krisenvereinbarung mit der Regierung getroffen hätte. Diese Vereinbarung bedeutete, daß die Sozialdemokratische Partei in allen wichtigen Teilen die Finanzpolitik der Regierung unterstützte. Auch die Mehrheit der LO-Führung unterstützte die Vereinbarung. Die Demonstrationen hingegen waren eindeutig dagegen.

Die Krisenvereinbarung (eine zweite wurde später im Herbst 1992 getroffen) sind symptomatisch für die weitere Rechtsentwicklung der sozialdemokratischen Führung. Trotzdem zeigen die Meinungsumfragen, daß ungefähr 50% Sozialdemokratisch wählen werden. Das ist aber mehr ein Resultat der Stimmung gegen die Regierung und den Staatsminister Bildt als ein Ausdruck von starkem Vertrauen in die Sozialdemokraten. Trotz der Möglichkeit einer Mehrheit ist das Hauptthema der sozialdemokratischen Parteiführung, daß man nach der Wahl eine Koalition mit der Liberalen Partei haben will.

Gleichzeitig gehen die Proteste gegen die Regierung weiter und 1993 ist die Forderung für einen politischen Generalstreik noch stärker geworden. Nach einem Antrag eines Mitgliedes des Arbetarförbundet Offensiv unterstützte die Industriegewerkschaft als erste Gewerkschaft die Forderung. Auch die Gewerkschaft der Grafiker und die LO in der Provinz Örebro sagte "ja" zu einem politischen Streik. Im Zusammenhang mit der Sitzung, wo der LO-Vorstand die Frage diskutieren sollte, wurde eine Demonstration von verschiedenen lokalen Gewerkschaften organisiert. Seit dem Frühjahr 1993 wurden die Proteste der Schüler immer stärker. Mitglieder von Arbetarförbundet Offensiv und der sozialistischen Schülerorganisation Elevkampanjen organisierten Demonstrationen gegen die Kürzungen in den Schulen in mehreren südschwedischen Städten. Die Presse und das Fernsehen beschrieben die Demonstration als Kravalle und verglichen sie mit 1968.

Die Antwort der Führung auf die Bewegung von der Basis war es, einen neuen Protesttag am 6. Oktober 1993 zu versprechen. Dieser wurde allerdings von der Gewerkschaftsführung effektiv desorganisiert. Die Teilnehmerzahl war weniger als die Hälfte von 1992. Das bedeutete aber nicht das Ende der Protestbewegung. Besonders im Norden Schwedens sind die Proteste gegen die Regierung weiter gewachsen. Der Arbeitsmarktminister wurde zweimal in einer Woche bei Besuchen in Norrbotten von Demonstrationen empfangen. In den kleinen Städten Kramfors und Härnösand haben Arbeitslose einen Hungerstreik gegen die neuen Vorschläge der Regierung für Kürzungen beim Arbeitslosengeld begonnen.

Der Druck der Basis führte dazu, daß die LO in Norrbotten die anfangs erwähnte Meinungsumfrage durchführte. Auch in zwei anderen Provinzen stimmte die LO für einen politischen Streik. Und wieder versuchte die LO-Führung, die Bewegung abzuschwächen und aus der Bahn zu werfen. Sie sagte "Nein" zum Generalstreik, forderte aber die lokalen Gewerkschaften auf, selbst verschiedene Protestaktionen zu organisieren.

Trotz der Rolle der LO-Führung wird es sicherlich in der nächsten Zeit sehr heiße Proteste gegen die Regierung geben. Mehrere große Protestdemonstrationen sind schon angekündigt und es ist auch möglich, daß es zu politischen Streiks in einzeln.) Betrieben und Regionen kommt.

Es wäre eine Vereinfachung, nur die Radikalisierung in der schwedischen Gesellschaft zu zeigen. Mangels einer sozialistischen Alternative von der sozialdemokratischen Führung haben auch reaktionäre und rassistische Organisationen mehr Platz bekommen. Schon in der vorigen Wahl konnte eine rechtspopulistische Partei, Neue Demokratie, mit mehr als 5% der Stimmen in das Parlament kommen. Diese Partei hat sich mehr und mehr in eine offen rassistische Richtung bewegt. Auch wenn diese Partei in der jetzigen politischen Situation Stimmen verliert und sogar zerfallen kann, besteht die Gefahr, daß neue rechtsextreme und rassistische Bewegungen entstehen. Auch direkt faschistische Organisationen sind in den letzten Jahren aktiver geworden. Im Durchschnitt wurden in den letzten Jahren mehr als zwei rassistische Verbrechen pro Woche in Schweden durchgeführt.

Arbetarförbundet Offensiv und Elevkampanjen (die schwedische Gruppe von JRE) haben eine entscheidende Rolle in der antirassistischen Arbeit in Schweden gespielt. 1991 in Stockholm und 1992 in Lund gelang es durch von uns organisierte Demonstrationen, die wichtigsten Demonstrationen der Faschisten zu blockieren.) An den Gegendemonstrationen zu den traditionellen Nazidemonstrationen nahmen in Stockholm 10.000 Personen teil.

Die Entwicklung in Schweden zeigt auch die ausgezeichneten Möglichkeiten für sozialistische Ideen Unterstützung zu gewinnen. Wie die Beispiele in diesem Bericht zeigen, hat Arbetarförbundet Offensiv große Erfolge gehabt und hat wichtige Initiativen im Kampf gegen die Regierungspolitik und gegen Rassismus und Faschismus ergriffen.

** Arne Müller ist Redakteur
der marxistischen Zeitung Offensiv in Schweden*

Arbeterförbundet Offensiv

Der Arbeiterförbundet Offensiv steht für eine demokratische Arbeiterbewegung die für eine sozialistische Gesellschaft kämpft. In einer Periode des Niederganges der restlichen „linken“ in Schweden hat der Arbeiterförbundet Offensiv sein größtes Wachstum. Wir sind ein Faktor bei den Gewerkschaftsaktivisten, die für einen Generalstreik gegen die konservative Regierung kämpfen. Wir sind führend im antirassistischen Kampf und wir haben eine Organisation gegen Kürzungen an den Schulen aufgebaut - die schwedische Gruppe von JRE. Wir haben die Konservativen und die rechten Sozialdemokraten bei Wahlen herausgefordert und enorme Unterstützung und Aufmerksamkeit bekommen dafür, daß wir die Interessen der arbeitenden Menschen vertreten.

Von Anfang an haben wir für eine neue Führung der Arbeiterbewegung argumentiert. Offensiv hat 1973 als Opposition in der SSU, der schwedischen SJ, begonnen. Als die Unterstützung für uns wuchs, schloß uns die Führung der SSU-Bürokraten 1981 und 1982 aus.

Während der 80er Jahre geschah genau das, wovor wir seit Jahren gewarnt hatten - die Führung der Sozialdemokratie begann die Reformen, für die die Arbeiterschaft in der Vergangenheit gekämpft hatte zu attackieren. Seit 1991 gibt es in Umeå drei Stadträte von Offensiv.

Im Herbst 1993 haben wir den Arbeiterförbundet Offensiv gegründet. Obwohl wir noch eine kleine Kraft sind, wächst die Unterstützung für uns unter jenen Menschen, die unter den aggressiven Attacken der rechten Regierung, die wir seit 1991 haben leiden, wegen unserer erfolgreichen Kampagnen ständig. Wir werden als neue Kraft gesehen - völlig unabhängig von den Politikern des Establishments.

De nya hoten från högern **Sista åldan**

OFFENSIV

Socialistisk tidning utgiven av Arbeterförbundet Offensiv

Pris: 10,- Stödpris: 20,-

Sopa rent i LO-toppen

För en dags generalstrejk möt Bildt



Polisstyrd för rasister-antirasister följts

En polisstyrd rasistisk demonstration i Umeå den 15 september 1993. Bilderna visar en grupp människor som marscherar på gatorna i Umeå. De bär flaggor och skriker motstånd. En polisstyrd rasistisk demonstration i Umeå den 15 september 1993. Bilderna visar en grupp människor som marscherar på gatorna i Umeå. De bär flaggor och skriker motstånd.

Titel	10,-
Subskription	20,-
Reklam	10,-
Postkost	2,-
Samtliga priser i SEK	

Wer wir sind:

VORWÄRTS wird von aktiven marxistischen SJ-, SPÖ- und Gewerkschaftsmitgliedern getragen, finanziert und verbreitet.

VORWÄRTS ist abhängig von seinen LeserInnen, UnterstützerInnen und AbonnentInnen. Nicht reiche Geldgeber oder Subventionen machen unsere Arbeit möglich, sondern nur unsere LeserInnen.

VORWÄRTS ist parteiisch: Für die Arbeiterschaft, gegen die Kapitalisten und rechte Politik. Im Frühjahr 1992 ist VORWÄRTS öfter in den Medien erschienen. Eine unbeschreibliche Hetz- und Verleumdungskampagne wurde durch führende Bürokraten der Sozialistischen Jugend gegen linke SJler losgetreten. Damals wurden fünf Mitarbeiter von VORWÄRTS, Mitglieder und Funktionäre der SJ, aus der SJ ausgeschlossen. VORWÄRTS und seine UnterstützerInnen beziehen eindeutig marxistische Positionen: Gegen Kapitalismus und Stalinismus - für Sozialismus. Wir sind unbequem und unabhängig.

VORWÄRTS finanziert sich nur aus Verkaufserlösen und Spenden für die Zeitung. Diese Zeitung ist ein Projekt für den Aufbau einer Arbeiterzeitung mit sozialistischer Richtung. Wir stehen am Anfang, doch wir spüren wachsendes Interesse und Unterstützung für unsere Arbeit.

Wir glauben, daß beim Kampf für eine sozialistische Gesellschaftsveränderung Organisationen wie SPÖ und ÖGB eine entscheidende Rolle spielen werden. Mit ihrer prokapitalistischen Politik (z.B. Sozialpartnerschaft) steht die Führung der Partei und Gewerkschaften in immer stärkerem Widerspruch zu den Interessen der Basis. Wir wollen unter anderem einen linken Massenflügel in diesen Organisationen von unten aufbauen, ungeachtet bürokratischer Ausgrenzungsversuche. Dafür brauchen wir Deine aktive und finanzielle Unterstützung.

**Spendenkonto:
PSK 8812.733**

Spendenkonto: PSK 8812.733



Ich möchte



VORWÄRTS

unterstützen und bitte
um weiter Informationen

Name

Adresse

Ich möchte:

VORWÄRTS abonnieren

O 5 Ausgaben zu 50.- ÖS

O 10 Ausgaben zu 100.- ÖS

O ein VORWÄRTS-Förderabo zu
.....ÖS beziehen

O Auslandsabo (5 Ausgaben 80.-)

Einsenden an:

Verein Vorwärts zur sozialistischen
Demokratie
PF. 2, A - 1082 Wien

Dafür kämpft Vorwärts:

- * **Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn!**
- * **12.000.- Mindestlohn netto für alle Arbeitnehmer!**
- * **Einen garantierten Ausbildungsplatz für jeden und demokratische Schulen!**
- * **30 m2 Wohnraum für jeden, Mieten bis max. 20% des Nettoeinkommens!**
- * **Rigoreuse Bestrafung aller Umweltverbrechen, bei radikaler Verschärfung der Auflagen. Drohen Unternehmer mit Arbeitsplatzabbau, müssen sie enteignet werden!**
- * **Schluß mit Sozialabbau und Privatisierungspolitik!**
- * **Kein Ausverkauf der Verstaatlichten!**
- * **Für eine SPÖ-Alleinregierung mit sozialistischem Programm!**
- * **Vergesellschaftung aller großen Konzerne und**
- * **Überführung in demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung!**
- * **Facharbeiterlohn für Funktionäre, um bürokratische Auswüchse zu verhindern!**
- * **Ein sozialistisches Europa als erster Schritt zu einer neuen Weltordnung!**

Preis: 15.-/